

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Kuntzsch, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Frachtkosten monatlich 4,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13,50 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 67,00 M., Einzelnummer 2,50 M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Westerntorplatz 10, Tel. 25281. Sprechstunde nur Wochenabende von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Westerntorplatz 10, Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Komparativzeile 12,00 M., Familienanzeigen 8,00 M., die 3 gespaltene Reklamezeile 48,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Brieflieferung 2 M.

Nr. 190

Dresden, Mittwoch den 16. August 1922

33. Jahrg.

Die Einigung der Internationale

Das Exekutivkomitee der Sozialdemokratischen Internationale (London) hat in seiner Prager Sitzung beschlossen, die für den 1. Oktober nach Hamburg einberufene Internationale Einigungskonferenz der Sozialisten zu verschieben, aber dafür baldmöglichst einen großen Einigungskongress der Sozialisten aller Länder und der drei Exekutiven nach Deutschland einzuberufen. Damit ist der entscheidende Schritt zur Wiederherstellung der Internationalen Einheitsfront getan. Man darf sich in den telegraphischen Meldungen durch die Wendung von den drei Exekutiven nicht irremachen lassen. Gemeint sind die Londoner sozialistische Internationale, die alte sogenannte Zweite Internationale, ferner die Wiener Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien, die Internationale Organisation der Unabhängigen Sozialdemokraten; und drittens die Gewerkschaftsinternationale, die Amsterdamer. In eine Fortsetzung der Verhandlungen über an eine gemeinsame Tagung mit der Dritten Internationale in Moskau und der von ihr abhängigen Internationalen Organisation der Gewerkschaften hat niemand gedacht; dazu hat man zuviel traurige Erfahrungen mit den Moskauern bereits machen müssen. Es handelt sich nur und kann sich nur handeln um die Einigung der Sozialisten. An irgendwelche geartete Zusammengehörigkeit mit den Kommunisten hat man in Prag so wenig gedacht, daß man jede weitere Verhandlung mit ihnen ausdrücklich als nutzlos abgelehnt hat.

Diese Stellung begründet sich ganz von selbst durch das Schicksal des Reumerkomitees, jenes bekannten Versuches, eine einheitliche Aktion von Sozialisten und Kommunisten herbeizuführen. Bekanntlich hatten damals die Sozialisten von den Moskauern gefordert, sie sollten ihren guten Willen zur Zusammenarbeit zeigen, und zwar, indem sie die Zersplitterungsarbeit wenigstens in den Gewerkschaften ausübten und die blutige Verfolgung der Sozialisten in Rußland einstellen. Die Kommunisten haben halbe Versprechungen gemacht, aber sie in vollem Umfang gebrochen. Das seitdem in Moskau gefällte Todesurteil über die Sozialrevolutionäre hat eine unüberbrückbare Kluft zwischen den Moskauern und allen denen aufgetan, die menschlich empfinden. Die Tragikomedie des Reumerkomitees noch einmal zu spielen, ist dadurch von vornherein unmöglich gemacht.

Das ist gut so! Denn an eine Einheitsfront mit den Kommunisten ist auch nach den deutschen Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit nicht mehr zu glauben. Gerade jetzt hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Denkschrift über die Aktion ausgegeben, die von den Arbeiterparteien nach der Ermordung Rathenaus zum Schutze der Republik eingeleitet wurde. Schon am Tage nach der Mordtat sind damals die Vertreter des A. D. G. B. und des Na-Bundes mit Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten zusammengetreten und haben mit ihnen vereinbart, daß man sich auf gemeinsame Forderungen einigen wolle, daß man sie gemeinsam verfechten müsse, daß während dessen Sonderbestrebungen von keinem Teilnehmer verfolgt werden dürften und daß solange der gemeinsame Kampf gegen die Reaktion geführt werden müsse, der Bruderkampf der Arbeiterparteien untereinander zu schweigen habe. Die gemeinsamen Forderungen wurden aufgestellt, und die Aktion zu ihrer Durchsetzung wurde in Parlamenten mit gewaltigen Massendemonstrationen eingeleitet. Aber es dauerte keine acht Tage, da hatten die Kommunisten sich von der gemeinsamen Aktion völlig losgelöst und beschimpften die andern Vertragspartner auf jede nur denkbare Weise.

Als Vorwand diente ihnen dabei, daß die preussische Landtagsfraktion der Sozialdemokratie beim Amnestiegesetz eine den Abmachungen widersprechende Haltung eingenommen hätte. Wäre es so gewesen, so hätten die Kommunisten ihre Kritik in den gemeinsamen Sitzungen vorbringen und auf Abhilfe dringen müssen. Denn ein Fehler der preussischen Landtagsfraktion hätte ja von den Zentralinstanzen noch immer korrigiert werden können. Statt dessen sind die Kommunisten sofort in der Öffentlichkeit nicht nur über die andern Arbeiterparteien, sondern auch über die Gewerkschaftsvertreter hergefallen und haben ihre Sonderaktion als die alleinigmachende angepriesen. In Wahrheit lag ein Verstoß in Preußen gar nicht vor. Unter den Vorständen war vereinbart, eine Amnestie aller politischen Verbrecher zu fordern. Hätte man Gelegenheit solche Vorläufe geschaffen, dann hätte sich der Scharsinn reaktionärer Richter am Begriff des politischen Verbrechens defektieren können. Um das zu vermeiden, um allen reaktionären Auslegungsmöglichkeiten einen Riegel vorzusetzen, beschloß man deshalb eine prinzipielle Amnestie aller Verbrecher, die mit politischen Vorgängen irgendwie zusammenhängen. Selbstverständlich mußte man dann Ausnahmen anfügen, um zu verhindern, daß auch alle möglichen gemeinen Verbrecher wieder in Freiheit gesetzt würden. Aber ob der Amnestiefall oder der Ausnahmefall vorliegt, entscheiden nunmehr nicht die Gerichte, sondern ein Begnadigungsausschuß, der von den politischen Parteien gebildet ist, in letzter Instanz. Man war in Preußen also nicht hinter den Forderungen des gemeinsamen Ausschusses zurückgeblieben, sondern war darüber hinausgegangen. Und was schließlich das Wichtigste war, man hatte diese Forderung nicht nur erhoben, sondern sie durch besonders geschickte und tatkräftiges Vorgehen auch in dem Parlament mit tatkraftiger Mehrheit durchgesetzt.

Wir begrüßen es, daß man sich in Prag nicht länger mit unmöglichen Experimenten aufhalten, sondern das Mögliche und Notwendige getan hat, nämlich die Einigung der Sozialisten auf dem raschesten Wege herbeizuführen. Das vorgesehene Datum des 1. Oktober konnte freilich nicht inne-

gehalten werden, weil erst Ende September die deutschen Parteitage der Sozialdemokraten und Unabhängigen lagen. Der Internationale Einigungskongress muß aber unter dem glückwünschenden Vorzeichen der Verschmelzung der beiden sozialistischen Parteien in Deutschland stehen. Sobald diese vollzogen ist, wird ein Internationaler Sozialistenkongress ohne besondere Mühe auch die Einheitsfront der Sozialisten aller Länder wieder herstellen können.

Reaktionärer Gegenstoß in München

München, 16. August. (Via Draht.) In München ist für die heute und morgen fällige Entscheidung über den Ausgleich zwischen Bayern und dem Reich inzwischen die Phrase mobil gemacht worden, der „Bauerbund“ rufe unter dem Thema: „Bayerns Untergang“ zu einer Massentombenbildung auf. Die Nationalsozialisten traten sogar im Zirkus Krone zu einer Protestkundgebung gegen Berlin zusammen und 26 „bayerische Verbände“ unter Führung des Ordnungsbundes rufen zu einer „ungeheuren Riesentombenbildung“ für heute abend am Königsplatz auf. In dem marktschreierischen Plakat heißt es unter anderem: „Kommt nicht in Tausenden, sondern in Zehntausenden auf die Straße. Das Recht unfreies Volk wird geopfert. Das Recht einer tausendjährigen Geschichte wird vernichtet. Dafür erscheint das blutige Geheiß Auslands am Firmament!“

Die deutschböhmische Presse wütet in einem Maße, daß selbst die deutschnationalen Münchner Neuesten Nachrichten ängstlich werden und angesichts der drohenden Gefahr von der Straße folgende Sätze schreiben: „Würde es zu einem Ablehnen des Berliner Protokolls kommen, so wären die Folgen ernst. Es ist kein Zweifel, daß der Bauerbund nicht weiter mitmachen würde. Auch die innere Krise in Bayern wäre kaum vermeidbar. Sicherlich täme es zu Ministerkrisen, vielleicht auch zur Auflösung des Landtages und das alles in einem Augenblick der äußerst kritischsten Lage Deutschlands, angesichts der gescheiterten Londoner Konferenz und ihrer Folgen.“

Die Saat des Rahr-Poehnerschen Erziehungssystems, an dem die Münchner bürgerliche Presse nicht unschuldig ist, geht in all ihrer Jämmerlichkeit auf und die kläglichen Töne der pseudo-demokratischen Blätter und das Ueberleben der

formlich zum Rechtsputz auffordernden Plakate durch die Polizei nutzt nun auch nichts mehr. Die bayerische Arbeiterchaft kann dem heute oder morgen drohenden Konflikt mit Ruhe entgegensehen. Auch das wütendste Loben der monarchistischen Presse kann dem vernünftigen Teile des bayerischen Volkes nicht die Ueberzeugung rauben, daß die letzte Entscheidung über den Bestand des einzigen deutschen Volksstaates die bayerische und die deutsche Arbeiterschaft in Händen hat.

Amteshebung Dr. Mumm

Die Rheinlandkommission entloh den Regierungspräsidenten Dr. Mumm in Wiesbaden seines Amtes. Das fragliche Schreiben vom 15. August lautet: In der Erwägung, daß es die Pflicht der Rheinlandkommission ist, Unterhalt, Sicherheit und Bedürfnisse der Besatzungstruppen zu gewährleisten, und das Unterhalt, Sicherheit und Bedürfnisse dieser Armee zum großen Teil von der Persönlichkeit der im besetzten Gebiet angestellten deutschen Beamten abhängen, und daß das Verbleiben des Präsidenten Dr. Mumm im Amte die guten Beziehungen, die zwischen den Besatzungsbehörden und den deutschen öffentlichen Behörden bestehen sollen, beeinträchtigt und daher geeignet ist, Unterhalt, Sicherheit und Bedürfnisse der Besatzungstruppen zu schädigen, und die öffentliche Meinung zu stören, hat die Rheinlandkommission auf Grund der Artikel 3 und 5 des Rheinlandabkommens vom 28. Juni 1919, sowie des Artikels 5 der Verordnung 1 und des Artikels 3 der Verordnung 93 beschlossen, daß der Regierungspräsident Dr. Mumm in Wiesbaden seines Amtes entlassen wird. Dieser Beschluß tritt am 16. August in Kraft.

Gerüfteinwurf

Schweres Unglück auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin. Berlin, 16. August. (Via Draht.) Auf dem Anhalter Bahnhof ereignete sich heute morgen, kurz vor 11 Uhr, ein schwerer Gerüfteinwurf. Innerhalb der Bahnhofshalle in 35 Meter Höhe wurden augenblicklich Reparaturarbeiten ausgeführt. Die Arbeiter, die sonst angeleitet arbeiteten, wollten gerade ihre Arbeitsplätze verlassen, um ihr Mittagbrot einzunehmen, als auf noch unaufgeklärte Weise Teile des Gerüfes von oben auf die unten befindlichen Bäume fielen. Ein Teil der Arbeiter mußte unter den Trümmern hervorgeholt werden und man zählt bis zur Stunde (12 Uhr) 12 Tote und mehrere Schwerverletzte. Die Feuerwehr ist noch mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Die Ursache des Unglücks war bis jetzt noch nicht zu ermitteln.

Poincarés Verteidigung

Poincaré hat Montag abend den Vertretern der Presse erklärt: Ich glaube nicht, daß jemand die französische Delegation anfragen wird, daß sie es im Verlaufe der letzten zehntägigen Beratungen an Geduld habe fehlen lassen. Keiner unserer Vorschläge ist angenommen worden. Deutschland hat sich nicht nur dem Besatzungsplane entzogen, es hat auch den Beweis geliefert, daß es eine systematische Entwertung der Mark verfolgt. Poincaré sprach alsdann von seiner Absicht, eine gemeinsame Regelung aller aus dem Kriege übernommenen Schulden vorzuschlagen. Das sei aber augenblicklich wegen des englischen Widerstandes unmöglich. Wir wollten abdam, fuhr Poincaré fort, daß die Reparationskommission die beabsichtigten Entscheidungen Deutschlands festsetzt.

Aber wir wurden daran durch die von der englischen Regierung ergriffene Initiative gehindert. Diese erklärte, ohne uns vorher verständigt zu haben, es sei unerlässlich, das Moratorium zu bewilligen.

Da man eine Verzögerung nicht hat feststellen wollen, hatte sich die französische Delegation auf eine beschleunigte Formel zurückgezogen. Sie erklärte, daß sie ein Moratorium nur genehmigen könne, wenn von gewissen Gütern Besitz ergriffen werde, die sofortige Entnahmen gestatten, nämlich:

- eine 50prozentige Beteiligung an der deutschen chemischen Industrie,
- Errichtung zweier Zurens am Ausgange der Ruhr,
- Errichtung einer Zollschanke im Rheinlande,
- Eingliederung von Steuern im besetzten Gebiete,
- Ausbeutung der staatlichen Eruben im Ruhrgebiete und der deutschen Staatsforsten.

Von englischer Seite wurden alle Maßnahmen, die wir vorschlugen, abgelehnt oder ganz abgelehnt. Weil wir glaubten, daß die Bewilligung eines Moratoriums eine Begünstigung ist, war es unerlässlich, daß wir sie von neuen produktiven Pfändern abhängig machten.

Man hat uns noch nach der Rebermachung der Zollgrenze am Rhein die Errichtung einer Zollschanke im Ruhrgebiete und die Beteiligung an den deutschen chemischen und Kohlenfeldern verweigert, die ständige Gasse herstellen können.

er könne nicht zugeben, daß man auf diese Weise für unbestimmte Zeit die feststehenden Jahreszahlungen des Zahlungsplanes vom Mai 1921 aufhebe.

Die französische Regierung hätte kein Moratorium ohne Pfänder annehmen können. Sie sei bereit, die Frage in ihrer Gesamtheit zu prüfen und verlange deshalb, daß man die Dinge belasse, wie sie augenblicklich lagen.

Man könnte die Frage im November wieder aufnehmen.

Deutschland müsse aber bis dahin seine Verpflichtungen erfüllen. Das immer noch George erklärt, Deutschland könne zahlen. Es habe in der Reichsbank eine Milliarde im Depot. Davon könne man die notwendigen 100 Millionen nehmen, ohne den Sturz der Mark, der übrigens auf andre Ursachen zurückzuführen sei, aber Gehälte zu beschleunigen. Er konnte den Vorschlag eines kurzen Moratoriums nicht annehmen, weil er keine Pfänder bringe. Es sei einfach, daß er sich der Entscheidung, die getroffen worden sei, nicht habe anschließen können. So trennte man sich in sehr freundlicher Weise. Aber er verlangte für die französische Regierung das Recht, über die Folgen zu beraten, die diese Entscheidung nach sich ziehe. Man sagte ihm, das sei der Bruch der Entente.

Aber er erklärte, er glaube nicht daran, er für seinen Teil wolle ihn vermeiden. Vorausgesetzt indessen, daß er die Interessen seines Landes nicht opfern brauche. Ein Bruch zwischen der englischen und der französischen Regierung wäre tatsächlich ein großes Unglück. Aber die gegenseitige Abneigung der beiden Völker war noch viel ernster.

Pariser Blätterstimmen

Der Deubre meint: Das Unheil, das der Vertrag von Versailles Frankreich zugefügt hat, sei heute überzeugend, sogar für die Leute, die ihn mit Beharrlichkeit betriebigen. — Nach dem Figaro darf sich Frankreich nicht verhehlen, daß es in Lloyd George einen unerbittlichen Feind besitzt. Er brachte die Konferenz kalten Blutes zum Scheitern und hat Poincaré in den Zusammenbruch mit hineingestürzt, nachdem er schon von vornherein entschlossen gewesen sei, sich unerbittlich zu zeigen. Deutschland und England machten in der Moratoriumsfrage gemeinsame Sache. Das sei eine Tatsache, der man ins Auge schauen müsse. — Fre Presse berichtet den Standpunkt, daß der Mißerfolg in London nicht ein Mißerfolg Frankreichs, sondern ein Mi-